

In der Senatssitzung am 1. Juni 2021 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau

31.05.2021

7 S

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 01.06.2021

„Kfz-Kennzeichen mit NS-Symbolik“ Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kennzeichenkombinationen mit Bezug zum Nationalsozialismus wie zum Beispiel KZ, SA, HJ, SS oder NS werden von der Kfz-Zulassungsstelle im Bürgeramt nicht zugeteilt, weil sie gemäß § 8 der Fahrzeug-Zulassungsverordnung gegen die guten Sitten verstoßen?
2. Inwieweit sind auch rechte Szenecodes wie AH-18 oder HH-88 von der geltenden Regelung umfasst?
3. Sieht der Senat einen Regelungsbedarf, um weitere Kennzeichenkombinationen zu untersagen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Im Land Bremen sind bisher, wie auch in Niedersachsen, die Buchstabenkombinationen HJ, NS, KZ, SS und SA für Kfz-Kennzeichen gesperrt.

Zu Frage 2:

Bisher sind die Zahlen- und Buchstabenkombinationen AH 18 oder HH 88 nicht gesperrt.

Zu Frage 3:

Der Senat erkennt entsprechenden Regelungsbedarf. Ein Erlass mit dem Kennzeichen gesperrt werden, die weitere rechte Szenecodes darstellen könnten, wurde mit dem Senator für Inneres abgestimmt.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung wurde mit dem Senator für Inneres eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vom 31.05.2021 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.